**Wasserkraftwerke an der Trisanna;
Widerstreitverfahren nach dem WRG 1959**

B E S C H L U S S

über die

Kundmachung einer mündlichen Verhandlung

Beim Landesverwaltungsgericht Tirol behängt auf Grund eines Devolutionsantrages ein Verfahren betreffend einen Widerstreit nach den §§ 17 und 109 WRG 1959 zwischen mehreren an der Trisanna geplanten Wasserkraftwerken. Die Vorhaben beziehen sich auf Kraftwerke an der Trisanna mit Anlagenteilen in den Gemeinden See, Kappl und Tobadill.

In dieser Angelegenheit wird gemäß den §§ 17, 24 und 31 VwGVG iVm den §§ 40, 41 und 42 AVG sowie § 109 WRG 1959 für den

Datum:

Di, 25.09.2018

Zeit:

09.00 Uhr

Ort:

1. Stock, Verhandlungssaal 1
Landesverwaltungsgericht Tirol,
Michael-Gaismair-Straße 1,
6020 Innsbruck, Westeingang

die öffentliche mündliche Verhandlung anberaunt.

Als Partei des Verfahrens beachten Sie bitte, dass im Falle Ihrer Abwesenheit die Verhandlung ohne Sie durchgeführt wird.

Gegen diesen Beschluss ist gemäß § 25a VwGG die ordentliche Revision an den Verwaltungsgerichtshof nach Art 133 Abs 4 B-VG nicht zulässig.

R e c h t s m i t t e l b e l e h r u n g

Gegen diese Entscheidung kann binnen sechs Wochen ab der Zustellung Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof, Freyung 8, 1010 Wien, oder außerordentliche Revision an den Verwaltungsgerichtshof erhoben werden. Die Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof ist direkt bei diesem, die außerordentliche Revision an den Verwaltungsgerichtshof ist beim Landesverwaltungsgericht Tirol einzubringen. Die genannten Rechtsmittel sind von einem bevollmächtigten Rechtsanwalt bzw einer bevollmächtigten Rechtsanwältin abzufassen und einzubringen und es ist eine Eingabegebühr von Euro 240,00 zu entrichten.

B e g r ü n d u n g

Zur Behandlung des Devolutionsantrages ist im vorliegenden Fall die Durchführung einer mündlichen Verhandlung erforderlich, zu der Sie als Partei des Verfahrens geladen werden.

Die Beteiligten und ihre gesetzlichen Vertreter können sich gemäß § 10 AVG, sofern nicht ihr persönliches Erscheinen ausdrücklich gefordert wird, durch eigenberechtigte natürliche Personen, juristische Personen oder eingetragene Personengesellschaften vertreten lassen. Die Vertretung muss bevollmächtigt und mit der Sachlage vertraut sein.

Hingewiesen wird auf § 109 WRG 1959, wonach mit dem Tag der Anberaumung der mündlichen Verhandlung neue Ansuchen bzw wesentliche Änderung bereits eingereichter Ansuchen im behängenden Widerstreitverfahren nicht mehr zu berücksichtigen sind.

Unzulässigkeit einer Revision:

Die ordentliche Revision ist unzulässig, da keine Rechtsfrage im Sinne des Art 133 Abs 4 B-VG zu beurteilen war, der grundsätzliche Bedeutung zukommt.

Landesverwaltungsgericht Tirol

Mag. Gerold Dünser
(Richter)

kundgemacht am: _____

angeschlagen bis: _____